

Die Westmächte und der Mauerbau

Am Abend des 11. August 1961, Freitag, fanden sich hochrangige Stasi-Offiziere bei ihrem Chef Erich Mielke zum Befehlsempfang ein. „Heute“, so Mielke, „treten wir in einen neuen Abschnitt der tschekistischen Arbeit ein. [...] In der jetzigen Periode wird sich erweisen, ob wir alles wissen und ob wir überall verankert sind. Jetzt müssen wir beweisen, ob wir die Politik der Partei verstehen und richtig durchzuführen in der Lage sind.“

Seine Befehle machten klar, daß eine außergewöhnlich drastische Aktion bevorstand. Gegen die Republikflucht würden Maßnahmen getroffen, „wobei besonders der Ring um Berlin der Schwerpunkt sein wird“. Hauptaufgabe sei: „Größte Wachsamkeit üben, höchste Einsatzbereitschaft herstellen und alle negativen Erscheinungen verhindern. Kein Feind darf aktiv werden, keine Zusammenballung darf zugelassen werden.“ Die wichtigsten Partei- und Regierungsobjekte müßten ausreichend gesichert sein, die notwendigen Alarmmaßnahmen seien einzuleiten, Maßnahmepläne „zur schnellen und wirksamen Bekämpfung der Untergrundtätigkeit“ seien aufzustellen, wobei besonders Kirche, Presse und Jugend zu beobachten seien. Mielke abschließend: „Alle vorbereitenden Arbeiten sind unter Wahrung der Konspiration und unter strengster Geheimhaltung durchzuführen. Die gesamte Aktion erhält die Bezeichnung ‚Rose‘.“¹

In der darauffolgenden Nacht vom 12. auf den 13. August begann die Aktion. SED-„Kampfgruppen der Arbeiterklasse“, Volkspolizei und Einheiten der Nationalen Volksarmee riegelten die Sektorengrenze zwischen Ost- und Westberlin mit Stacheldraht ab. Mitten durch Berlin wurde „die Sperrwand eines Konzentrationslagers“ gezogen, wie das der Regierende Bürgermeister von West-Berlin, Willy Brandt, in einer emotionalen Rede vor dem Abgeordnetenhaus am selben Tag bezeichnete. Wenig später wurde aus dem Stacheldrahtverhau die Mauer, die Teilung der Nation im wahrsten Sinne des Wortes zementiert.

1 Streng vertraulich. Protokoll über die Dienstbesprechung am 11. 8.1961. Zwei Exemplare, davon 1 für Milke, 1 für Ablage Sekretär des Kollegiums. Kopie in: Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BSTU) /Ministerium für Staatssicherheit, SdM 1902, 250-296.

Begonnen hatte alles am 10. November 1958, als Chruschtschow in einer Rede im Moskauer Sportpalast die Aufkündigung des Potsdamer Abkommens ankündigte und den Westmächten nahelegte, ihre Beziehungen zur DDR selbst zu regeln und mit ihr ein Übereinkommen zu treffen, falls sie an irgendwelchen Berlin betreffenden Fragen interessiert seien. Die neue Berlinkrise war da, auch wenn Adenauer meinte, Chruschtschow sei wohl „etwas betrunken“ gewesen. Er war es nicht.²

Im Westen begann man darüber zu rätseln, was Chruschtschow vorhatte. Im Auswärtigen Amt in Bonn vermutete man, es gehe Chruschtschow um die „Erprobung des westlichen Widerstandswillens, Nötigung der Westmächte zu Verhandlungen mit sog. DDR, Druckmittel gegen deutsche Aufrüstung, Festigung polnischer Bindung an Sowjetunion.“³ Ähnlich sah man das auch im State Department in Washington. Dort nannte man vier Motive:

1. die Entschlossenheit der Westmächte testen, ihre Stellung in Berlin zu halten;
2. die Westmächte zur Anerkennung der DDR zwingen;
3. die atomare Bewaffnung der Bundeswehr verhindern;
4. die Westmächte zum Abzug ihrer Truppen aus der Bundesrepublik zwingen.⁴

Aus Moskau warnte US-Botschafter Thompson:

Chruschtschow hat es eilig und glaubt, daß die Zeit gegen ihn arbeitet, insbesondere was die atomare Bewaffnung der Bundesrepublik betrifft. Ich glaube daher, daß sich die Westmächte auf eine entscheidende Auseinandersetzung ('major showdown') in den kommenden Monaten vorbereiten sollten.⁵

Als erste bekamen die Briten weiche Knie. Das blieb so bis zum Ende der Krise 1963. Der britische Premierminister Macmillan wurde in vielfacher Hinsicht der beste Verbündete Chruschtschows. Nur vier Tage nach dessen Rede entstand im Foreign Office in London ein Dokument, das zu den schlimmsten der gesamten Berlinkrise gehört. Die Briten nannten drei Alternativen:

- a) Rückzug aus Berlin,
- b) Anwendung von Gewalt, das hieß Krieg,
- c) Verbleib in Berlin, „wobei wir mit der DDR verhandeln und, falls dies notwendig sein sollte, sie auch anerkennen.“

Die Alternativen a) und b) wurden sogleich abgelehnt, blieb also nur c). Außenminister Selwyn Lloyd hielt Verhandlungen mit den DDR-Behörden auf Basis einer de facto-Anerkennung für

2 Zit. bei Henning Köhler: Adenauer. Eine politische Biographie, Frankfurt am Main-Berlin 1994, S. 1012.

3 Telegramm Hilger van Scherenberg, Citissime mit Vorrang an deutsche Botschaft Moskau, 11.11.1958. Politisches Archiv, Auswärtiges Amt, Berlin (PA,AA), 700-84-20.

4 Department of State, Circular Telegram, 13.11.1958. In: *Foreign Relations of the United States, 1958-1960 (FRUS)*, VIII, S.124.

5 Thompson (Moskau) an Dulles, 18.11.1958. National Archives of the United States (NA), Record Group 762.0221711-1858 (762.0221= The status of Berlin).

eine „vernünftige Sache“, wobei er noch vielsagend hinzufügte: „Ich hätte nicht viel dagegen, wenn am Ende dieser Verhandlungen die Anerkennung der DDR-Regierung stünde.“ Sollten möglicherweise die Verbindungswege nach Berlin unterbrochen und eine Luftbrücke eingerichtet werden, dann sollte das die Bundesrepublik finanzieren, denn

es gibt jetzt ein unabhängiges und reiches Westdeutschland. Die Hauptverantwortung für die Versorgung der Westberliner Bevölkerung liegt bei den Deutschen selbst. Sie sind es, die gegen eine Anerkennung der DDR sind. Wenn sie das mit dieser kostspieligen Operation verhindern wollen, warum sollen sie dann nicht auch dafür bezahlen?⁶

Die Briten jedenfalls würden „gar nichts“ zahlen, wie Macmillan später intern betonte.⁷ Lloyd war sich im klaren darüber, daß die Alternative c) eine „delikate“ Angelegenheit war, die man den Westdeutschen „schonend“ beibringen müsse – „genauso wie den USA und Frankreich.“ Eine Anerkennung der DDR würde so oder so kommen. Warum also nicht diesen Schritt frühzeitig tun und es erst gar nicht zu einer Konfrontation mit den Sowjets kommen lassen? „Wenn man weiß, was man zu tun hat, kann man es in Würde tun.“ Die Bundesrepublik sei sowieso ein unsicherer Verbündeter, „unzuverlässig“ und „nicht kooperativ.“ Wenn man am Ende nur aufgrund der Anerkennung der DDR in Berlin bleiben könne, dann, so der britische Botschafter in Moskau, Patrick Reilly, „sollten wir die Sache jetzt beherzt anpacken und Verhandlungen über die deutsche Frage insgesamt, unter Beteiligung der DDR, vorschlagen. Falls die Bundesregierung zögert, warum sollten wir päpstlicher als der Papst sein?“ Lloyds größte Sorge war, daß die Deutschen „Wind“ von der Sache bekämen und ihnen der volle Wortlaut des Dokumentes mitgeteilt würde. Die Amerikaner könne man leicht davon überzeugen, daß man nicht gemeint habe, was man geschrieben hatte; es würde aber sehr viel komplizierter, wenn Adenauer erst einmal den Verdacht habe, „daß wir dabei sind, ihn zu verraten.“⁸

Durch eine ungeschickte Regie wurde das Dokument in Bonn bekannt. Bei einer Routinebesprechung Außenminister Brentanos mit den drei westlichen Botschaftern übergab der britische Botschafter eine Kopie; der Eindruck war verheerend. Brentano las das Dokument sorgfältig; seine Gesichtszüge veränderten sich während der Lektüre, er war „sichtlich angewidert.“⁹ Er informierte sofort Adenauer. Die Reaktion war entsprechend. Der Kanzler schrieb noch am selben Tag Briefe an US-Außenminister Dulles, Macmillan und De Gaulle, beschwor die Einheit und Stärke der freien Welt und daß man in Berlin den Anfängen wehren müsse.¹⁰ Zum Glück sah man das in Paris und vor allen Dingen in Washington auch so. Die Briten wurden dort als defätistisch eingestuft, ihre Überlegungen abgelehnt. Außenminister

6 Immediate. Secret. Foreign Office an Botschaft Washington, Tel. 8112, 15.11.1958. United Kingdom National Archives (UKNA), Foreign Office (FO) 371/137333/WG 10713/42.

7 Top Secret. Notiz Macmillan, 13.7.1961. Hervorhebung im Original. UKNA, PREM 11/3347.

8 Immediate. Secret. Lloyd an Botschaft Washington und Botschaft Bonn, 19.11.1958. UKNA, FO 371/137339/WG 1013/199.

9 Trimble (Bonn) an Department of State, 20.11.1958. *FRUS*, 1958-1960, VIII, S. 95f.

10 Adenauer an Dulles, 20.11.1958. Ebd., S. 110f.

Dulles und Präsident Eisenhower waren nicht bereit, in irgendeiner Weise der sowjetischen Erpressung nachzugeben. Unterstützt wurden sie dabei von ihren Militärs.

Für die Stabschefs wäre ein Verlust Berlins ein „politisches und militärisches Desaster.“ Sie wollten in jedem Fall die Zufahrt nach Berlin freikämpfen. Ihrer Meinung nach müsste man entschlossen und bereit sein, „falls alles andere scheitert, einen Atomkrieg gegen die Sowjetunion zu führen“ und die entsprechenden Vorbereitungen treffen. Washington war entschlossen, Stärke zu demonstrieren. NATO-Oberbefehlshaber General Lauris Norstad fasste in einem Satz zusammen, worum es ging: „Wenn wir nicht wollen, daß wir uns jetzt auf einen erniedrigenden Weg begeben, auf dem wir der DDR Schritt für Schritt nachgeben müssen, dann müssen wir jetzt klarmachen, was Sache ist, und die Russen müssen erkennen, daß wir notfalls Gewalt anwenden werden, um unsere Position zu halten.“¹¹

Die Briten blieben unsichere Kantonisten. Sie gaben intern folgende Devise aus:

Wir müssen alles in unserer Macht Stehende tun, um unseren Verbündeten die Fakten vor Augen zu führen und sie davon zu überzeugen, daß es letztlich besser ist, die DDR de facto anzuerkennen, als eine großangelegte Luftbrücke zu organisieren oder militärische Gewalt anzuwenden.

Die Taktik war demnach klar. Man müsse „am Anfang genauso entschlossen reagieren, wie unsere Verbündeten das von uns erwarten, und darauf hoffen, sie langfristig davon zu überzeugen, daß die de facto-Anerkennung der DDR der bessere Weg ist und sie ihre Haltung ändern.“¹² In London war man sich dabei im klaren darüber, daß dies in der Bundesrepublik als Verrat ihrer Interessen und als Beweis dafür angesehen werden würde, daß die Briten nicht wirklich bereit sein würden, zu ihren öffentlich gemachten Zusagen zu stehen, notfalls wegen West-Berlin zu kämpfen. „Unglücklicherweise“, so einer der höchsten Beamten im Foreign Office, „können wir in dieser ganzen Angelegenheit bis zu einem gewissen Grad immer von den Deutschen erpresst werden. Solange wir nicht in jedem Punkt genauso unnachgiebig sind, wie das Dr. Adenauer von uns erwartet, wird er uns immer wieder zu verstehen geben, daß für Westdeutschland die Gefahr besteht, neutralisiert zu werden.“¹³

Inzwischen hatte die sowjetische Regierung den drei Westmächten am 27. November 1958 eine gleichlautende Note überreicht. „Zwei Drittel historischer Schwachsinn“, wie Arthur Rumbold das im Foreign Office nannte; das verbleibende Drittel hatte es allerdings in sich: Die Sowjets forderten die „Umwandlung West-Berlins in eine selbständige politische Einheit“ – eine Freie Stadt, und das innerhalb der nächsten sechs Monate. Würde bis dahin keine Lösung erreicht sein, würde die Sowjetunion einseitig handeln und alle Kompetenzen der DDR übertragen. Der 27. Mai 1959 war also der Stichtag; bis dahin musste man in irgendeiner Weise Farbe bekennen. „Was

11 Norstad an Twining, 23.11.1958. Ebd., S. 115ff.

12 Memorandum A. Rumbold: "Secret. Outline of a covering paper for the Cabinet about Berlin", und "Secret. Draft Cabinet Paper for the Cabinet." UKNA, FO 371/137340/WG 10713/225.

13 Memorandum A. Rumbold: "The Question about Khrushchev's Note which the Four Foreign Ministers must discuss in Paris", 3.12.1958. UKNA, FO 371/137340/WG 10713/244.

tun wir am 27. Mai?“ Das war nach Meinung der Briten von nun an „die wichtigste Frage, von deren Beantwortung alle anderen Fragen abhängen.“¹⁴

Außenminister Dulles und Präsident Eisenhower waren nicht bereit, in irgendeiner Weise der sowjetischen Erpressung nachzugeben. Unterstützt wurden sie dabei von ihren Militärs, die allerdings bereit waren, weiter zu gehen, als Eisenhower dies wollte. Verteidigungsminister Neil McElroy hatte sogar die Möglichkeit eines Präventivschlages gegen die Sowjetunion angedeutet. Eisenhower wies solche Überlegungen mit Nachdruck zurück. Man solle jeden Augenblick darüber nachdenken, daß auch Washington bombardiert werden könnte. Über einen Präventivschlag wolle er nicht einmal nachdenken, „weil wir damit mehr zur Verwirrung als zum Verständnis beitragen.“ Am 13. März 1959 machte er allerdings im Kabinett klar, daß die USA in der Berlinfrage nicht nachgeben und notfalls zum Krieg bereit sein würden, obwohl er und auch Dulles davon überzeugt waren, daß es „nicht zu einer solch furchtbaren Tragödie“ kommen dürfe.¹⁵ Sollte allerdings die Zufahrt nach Berlin gesperrt werden, gehe es nur noch darum zu entscheiden, „ob wir Moskau bombardieren“,¹⁶ würden die Sowjets Berlin mit Gewalt nehmen, dann müsse man die „große Entscheidung“ treffen; würden die Sowjets diese Entschlossenheit erkennen, würden sie nachgeben, worauf Senator Lyndon B. Johnson fragte: „Und falls nicht? Bedeutet das dann, auf den Knopf zu drücken?“ McElroy bestätigte, daß es keinen anderen Weg gebe.¹⁷ Für Dulles war klar, daß, falls man den sowjetischen Drohungen nachgebe, dies der Anfang vom Ende sei; wenn man absolut fest bleibe, dann sei er persönlich davon überzeugt, daß die Chancen nicht einmal 1:1000 stünden, „daß die Sowjets es bis zum Krieg treiben“. Für die Stabschefs wäre ein Verlust Berlins ein „politisches und militärisches Desaster“; ihrer Meinung nach müßte man entschlossen und bereit sein, „falls alles andere scheitert, einen Atomkrieg gegen die Sowjetunion zu führen“ und die entsprechenden Vorbereitungen treffen. In jedem Fall sollte der Zugang nach Berlin mit einer Division freigekämpft werden; würde das nicht reichen, sollte auf eine andere Art „*action*“ umgeschaltet werden. McElroy bestätigte, was das bedeuten würde: „Wenn wir das tun, ist Feuer am Dach“, mit anderen Worten: Krieg. Eisenhower warnte: „Wenn wir uns einmal entschlossen haben, militärische Gewalt anzuwenden, dann sind dieser Gewalt keine Grenzen mehr gesetzt. Dies ist eine Tatsache, über die wir uns im klaren sein müssen.“ Er hoffte immer noch, daß „Chruschtschow wirklich gemeint hat, was er gesagt hat, daß er nämlich die Welt nicht auf den Kopf stellen wird.“¹⁸

Schon bald zeigte sich, daß Chruschtschow gemeint hatte, was er gesagt hatte. Als am 27. Mai das sowjetische Ultimatum ablief, wurde die Welt jedenfalls nicht von ihm auf den Kopf gestellt. In Genf lief die Außenministerkonferenz, die nach mehreren Wochen ergebnislos beendet wurde.

14 Whitney (London) an Department of State, 9.12.1958. *FRUS*, 1958-1960, VIII, S.159.

15 Zit. bei Stephen Ambrose, *Eisenhower. The President*, New York 1984, S. 520.

16 Special Meeting des National Security Council, 5.3.1959, *FRUS* 1958-1960, VIII, S. 419-425.

17 Memorandum of Conference With President Eisenhower, 6.3.1959. Ebd., S. 428-437.

18 Special Meeting des National Security Council, 23.4.1959. Ebd., S.624-634.

Immerhin hatte Chruschtschow eine Einladung in die USA erreicht. Es wurde verhandelt und geredet, geredet und verhandelt. Man einigte sich schließlich auf eine Gipfelkonferenz im Mai 1960 in Paris, die Chruschtschow dann scheitern ließ. Äußerer Anlass war der Abschuss eines amerikanischen U2-Spionageflugzeuges wenige Tage vor Beginn der Konferenz. Der entscheidende Grund aber war offensichtlich die Erkenntnis der Sowjets, daß sie in der Berlinfrage angesichts der entschlossenen Haltung vor allen Dingen der USA, aber auch Frankreichs, nicht das erreichen würden, was sie sich möglicherweise erhofft hatten. Chruschtschow hatte die Hoffnung aufgegeben, mit Eisenhower ins Geschäft zu kommen. Er setzte jetzt auf dessen Nachfolger, der im November gewählt wurde.

Mit John F. Kennedy wurde – fast – alles anders. Ihm ging es nicht mehr um Deutschland oder Berlin insgesamt, sondern nur noch um den Westteil der Stadt. Er war schon bald ganz auf der Linie der Briten, suchte Kompromisse und war bereit, bisherige Grundsatzpositionen aufzugeben, was nur auf Kosten der Westdeutschen gehen konnte, langfristig aber auch westliche Positionen insgesamt gefährden würde. Die neue US-Administration hat damals ungeheure Mengen Akten produziert, in denen alle möglichen Szenarien durchgespielt wurden. Am Ende reduziert sich fast alles auf die vertrauliche Aussage von Außenminister Dean Rusk vom 15. August 1961, wonach eine Lösung der Berlinkrise durch den Mauerbau „eher leichter“ geworden sei.¹⁹ Das hatte Botschafter Thompson schon viel früher angedeutet. Er schrieb am 16. März 1961 u.a.: „Falls wir davon ausgehen, daß die Sowjets die Berlinkrise nicht weiter verschärfen, dann müssen wir zumindest damit rechnen, daß die Ostdeutschen die Sektorengrenze abriegeln, um den für sie unerträglichen Flüchtlingsstrom durch Berlin zu stoppen.“²⁰

Am 13. August geschah genau das, was die CIA bereits im November 1957 für möglich gehalten hatte, Thompson vorhersagte und am 22. Juli im State Department noch einmal erwähnt wurde: Die Sektorengrenze wurde abgeriegelt. Wen verwunderte es da, daß am 13. August in Berlin niemand im Westen besonders aufgeregt, offensichtlich nicht einmal überrascht war (mit Ausnahme der Westdeutschen)? Der neue amerikanische Außenminister Dean Rusk meinte damals gegenüber seinem britischen Kollegen Lord Home, er habe „bis heute nicht verstanden, warum man sich über einen separaten Friedensvertrag [mit der DDR] so aufregt.“ Die neue Position wurde auch in öffentlichen Kommuniqués erkennbar. Interessant und vielsagend war etwa die Formulierung im Schlusskommuniqué des Adenauer-Besuches in Washington im April 1961. Demnach war das Versprechen erneuert worden, „die Freiheit der Bevölkerung von West-Berlin zu erhalten, bis Deutschland in Frieden und Freiheit wieder vereinigt“ sei. Dies wurde die neue Formel der Kennedy-Administration, nämlich *West*-Berlin. Es ging von nun an nur noch um die Freiheit *West*-Berlins. Es hat damals von deutscher Seite keinen Protest gegeben, weder von

19 Siehe Rolf Steininger: Berlinkrise und Mauerbau 1958 bis 1963, München 2009 (4. überarbeitet u. erweiterte Auflage - mit 67 Bildern auf Tafeln - von "Der Mauerbau", München 2001), S. 165-186.

20 *FRUS* 1961-1963, XIV, S.32.

Brentano, noch von Brandt. Der hatte bei seinem Gespräch mit Kennedy am 13. März diese Formulierung selbst benutzt. Von daher konnte die Überraschung nicht sehr groß gewesen sein, als Kennedy dann in seiner berühmten Rede am 25. Juli klarmachte, worum es ging: Um die Freiheit *West-Berlins*.²¹

Für Kennedy wurde das Treffen mit Chruschtschow in Wien am 3. und 4. Juni in vielfacher Hinsicht zu einem Schlüsselerlebnis. Er wollte Chruschtschow vor Fehleinschätzungen der USA in der Berlinfrage warnen und Lösungsmöglichkeiten in anderen Fragen erkunden; Chruschtschow wollte den aus seiner Sicht unerfahrenen und nach der Schweinebucht-Affäre angeschlagenen jungen Präsidenten – ein von der CIA vorbereiteter Invasionsversuch in Kuba durch Exilkubaner war im April kläglich gescheitert, Kennedy hatte öffentlich die Verantwortung übernommen – massiv einschüchtern und auf diese Weise eine Berlinregelung erzwingen. Im State Department befürchtete man, daß Chruschtschow den Ernst der Lage und das für die USA mit Berlin verbundene Prestige falsch einschätzen und der Versuchung nicht widerstehen könne. Er wolle zweifellos auch nicht den „großen Krieg“, aber „die eigentliche Gefahr besteht darin, daß er genau diesen Krieg riskiert, ohne sich im klaren darüber zu sein, daß er es tut.“ Genauso sah das auch der Stellvertretende Verteidigungsminister Paul Nitze, für den noch im Rückblick genau aus diesem Grund die Berlinkrise gefährlicher war als die Kubakrise 1962. Jedenfalls, so das State Department, müsse Chruschtschow in den Gesprächen in Wien absolut deutlich gemacht werden, daß sich die USA nicht aus Berlin vertreiben lassen würden und daß er, würde er es versuchen, damit das größtmögliche Risiko („*the gravest possible risk*“) – und das war eine andere Formulierung für Krieg – auf sich nehmen würde.

Chruschtschow gab sich brutal in Wien. Im Urteil seiner Berater wurden Kennedys Hoffnungen zerstört („*shattered*“, Averell Harriman), er war sprachlos („*tongue-tied*“, George F. Kennan) und verunsichert („*out of his depth*“, Charles Bohlen). Er habe nur herumgetanzt („*dancing*“), wie Paul Nitze meinte. Kennedy verfluchte den Sowjetführer: „Er hat mich wie einen kleinen Jungen behandelt.“ Macmillan hatte später den Eindruck, daß Kennedy „beeindruckt und geschockt“ war. „Es war ungefähr so, als wenn jemand Napoleon auf der Höhe seiner Macht zum ersten Mal träfe.“ Die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Stärke wollte Kennedy woanders unter Beweis stellen: in Südvietnam, wie er noch in Wien betonte. Vietnam sollte es dann ja auch werden.²²

Die Briten hatten nach wie vor weiche Knie. Macmillan bezweifelte im übrigen die Führungsqualitäten des amerikanischen Präsidenten. Er überschätzte sich maßlos und sah sich immer noch bzw. nach Kennedys Desaster in Wien wieder als führenden Staatsmann des Westens. Von Kennedy erwartete er wenig, vor allem nicht die Initiative zu Verhandlungen, um die Krise zu entschärfen. Von daher sah er seine Stunde erst noch kommen. Am 24. Juni schrieb er an seinen Außenminister, der zu Gesprächen in Washington war:

21 Siehe R. Steininger (Anm. 19), S. 219-224.

22 Ebd., S.188-196.

Es kann gut sein, daß etwa im September, wenn die Vorstellung vom starken Mann im Weißen Haus endgültig geplatzt ist und die Welt auf den Krieg zusteuert, Sie und ich die Initiative übernehmen können... Aber wir müssen warten und den richtigen Moment abpassen.²³

Und seinem Tagebuch vertraute er an:

Ich habe das bestimmte Gefühl, daß Präsident Kennedy keine wirklichen Führungsqualitäten besitzt. Die amerikanische Presse und Öffentlichkeit sehen das allmählich auch so. In ein paar Wochen werden sie sich an uns wenden. Wir müssen darauf vorbereitet sein. Andernfalls kann Berlin zu einem Desaster führen – zu einer furchtbaren diplomatischen Niederlage oder (aus reiner Inkompetenz) zum Atomkrieg.²⁴

Ähnlich frustriert, wenn auch aus einem anderen Grund, war Dean Acheson. Kennedy hatte den *elder statesman* und Außenminister unter Truman als eine Art Sonderberater „reaktiviert“. Acheson galt nach wie vor als *hardliner* des Kalten Krieges und wurde auch jetzt seinem Ruf gerecht. Ein erstes Berlin-Memorandum hatte er im April Kennedy und Macmillan vorgetragen. Nach Angaben Macmillans erstarrte ihm bei dessen Vortrag das Blut in den Adern. Achesons Präsentation ist als „*blood-curdling recital*“ in die interne Geschichte der Berlinkrise eingegangen. Als in den folgenden Wochen keine Entscheidungen getroffen wurden, stieg der Frust Achesons. Am 24. Juni schrieb er an Truman („*Dear Boss*“):

Kennedys Politik beunruhigt mich und gibt mir Rätsel auf. Irgendwie sieht er wie ein erfolgreicher Präsident aus, aber er sieht eben nur so aus, obwohl er beim Treffen mit Chruschtschow ganz gut war. Beide, Kennedy und Dean Rusk, können offensichtlich besser Reden halten als Entscheidungen treffen. Wir haben jetzt oft genug gehört, daß wir Opfer bringen müssen, aber bis jetzt hat uns niemand aufgefordert, welche zu erbringen. Und es gäbe viele, wenn die Regierung doch endlich anfangen würde zu handeln. Die Zeit läuft uns davon.²⁵

Vier Tage später, am 28. Juni, legte er seinen zweiten Berlinbericht vor, der an Klarheit und Deutlichkeit nichts mehr zu wünschen übrigließ und die amerikanische Politik entscheidend beeinflussen sollte. Acheson ging von der Prämisse aus, daß es in der Berlinfrage nicht nur um Berlin ging, sondern um etwas viel Grundsätzlicheres: um die entscheidende Machtprobe zwischen den USA und der Sowjetunion, von deren Ausgang das weltweite Vertrauen in die USA als Weltmacht abhing. Auf 35 Seiten listete er auf, was militärisch, wirtschaftlich und politisch zu tun sei, und zwar Vorbereitung der See-, Luft- und Landstreitkräfte auf einen umfassenden Einsatz in Europa, Verstärkung der Marine, Vorbereitung auf einen umfassenden Atomkrieg. Das Strategische Bomberkommando sollte in Alarmbereitschaft gehalten und gleichzeitig zivile Maßnahmen eingeleitet werden, „möglicherweise auch Atomschutzbunker gebaut werden“. Erst wenn die vom Westen durchgeführten Maßnahmen Chruschtschow von der Entschlossenheit des Westens überzeugt hätten, seien Verhandlungen sinnvoll; sie könnten dazu dienen, Chruschtschow den Rückzug zu erleichtern. Für Acheson war Chruschtschow ein „falscher Hund und ein Kriegstreiber“. Der nationale Notstand wurde zwar nicht ausgerufen, aber auf der Basis

23 Top Secret. Macmillan an Home, 24.6.1961. UKNA, PREM 11/3347.

24 Zit. bei Alistair Horne, Macmillan, vol. 2, London 1989, S. 310.

25 Acheson an Truman, 24.6.1961. Harry S. Truman Library (HSTL), Independence, Acheson, Private Letters.

dieses Memorandums wurde dann jener Kompromiss ausgearbeitet, den Kennedy in seiner Rede am 25. Juli verkündete. Da war auch die Rede von den drei „*essentials*“ für West-Berlin: Recht auf Präsenz der Westmächte, Recht auf Zugang, Sicherung der Freiheit der Bewohner.²⁶

Hat Kennedy etwas vom Mauerbau gewusst? Eine alte Frage, die immer noch nicht klar beantwortet werden kann – und dies trotz einer ungeheuren Fülle von inzwischen freigegebenen Akten. In keinem der offiziellen westlichen Dokumente, die ich gesehen habe, kommt das Wort „Mauer“ vor – wohl aber Absperrung der Sektorengrenze. Entweder ist die Deklassifizierungspolitik besonders geschickt gehandhabt worden, oder es sind darüber tatsächlich keine Überlegungen angestellt worden. Letzteres könnte zutreffen, denn der Mauerbau beeinträchtigte ja keine westlichen Interessen, das Gegenteil war eher der Fall, wie Außenminister Rusk das ziemlich deutlich am 15. August sagte. Für ihn waren die Sperrmaßnahmen zwar eine außerordentlich ernste Angelegenheit (an anderer Stelle ist einmal die Rede von „Episode“),²⁷ aber wenn man die Sache realistisch betrachte, sei dadurch eine Lösung des Berlinproblems „eher leichter“ geworden.²⁸

Ein Blick in die Akten zeigt, wie wenig realistisch deutsche Hoffnungen auf eine scharfe amerikanische Reaktion waren. Da wollte niemand die Stacheldrahtverhaue niederreißen; Washington wollte mit den Sowjets verhandeln! Der Kontakt sollte von Botschafter George F. Kennan in Belgrad geknüpft werden. Bereits am 14. August erteilte Rusk Kennan („*Personal and eyes only for the ambassador*“) in einem *top secret*-Telegramm die entsprechenden Instruktionen. Den Sowjets sollte die ernste Absicht der amerikanischen Regierung klargemacht werden, daß man eine „friedliche Lösung“ der Berlin-Krise wolle, die die Interessen aller Beteiligten wahre. Vor allen Dingen sollte Kennan darauf achten, daß die Alliierten, „insbesondere die Deutschen“, von diesen Gesprächen nichts erfahren würden.

Auch die Briten waren über den Mauerbau nicht überrascht. Botschafter Christopher Steel wunderte sich eigentlich nur darüber, daß die DDR nicht schon viel früher die Sektorengrenzen abgeriegelt hatte, wie er am 14. August nach London berichtete. Dabei wies er noch einmal darauf hin, daß er ja die Botschaftergruppe in Paris eine Woche zuvor gewarnt hatte, daß mit dieser oder einer ähnlichen Absperrmaßnahme zu rechnen sei. Der Botschafter in Moskau, Frank Roberts, betonte gegenüber dem Foreign Office, man dürfe die Tatsache nicht übersehen, „daß die Russen bei ihren Maßnahmen, den Flüchtlingsstrom zu stoppen, vorsichtig gewesen sind; sie haben diese Maßnahmen auf ihrer Seite des Eisernen Vorhanges durchgeführt und bis jetzt nichts getan, was die Freiheit West-Berlins und die Rechte der Alliierten dort beeinträchtigt“.²⁹

26 Siehe Steininger, *Berlinkrise* (Anm.19), S. 200-208.

27 Memorandum Kennedy an Rusk, 14.8.1961, *FRUS* 1961-1963, XIV, S. 332.

28 Rusk an Botschaft Bonn, 15.8.1961. Ebd., S.337f.

29 Secret. Roberts (Moskau) an FO, 16.8.1961. Ebd.

Genauso war es! Erstaunlich war nur, daß sich darüber jemand wunderte. Das änderte nichts daran, daß es in West-Berlin und in der Bundesrepublik angesichts der Untätigkeit des Westens zu einer Vertrauenskrise gekommen war. Die Warnungen der Amerikaner vor Ort in Berlin und Bonn führten dann zu einer graduellen Änderung der amerikanischen Politik – wenn auch nur im Atmosphärischen. Dazu gehörte die Entscheidung Kennedys, die US-Garnison in Berlin um eine Kampftruppe – 1500-1800 Mann – zu verstärken, dies im übrigen gegen den Widerstand von Verteidigungsminister McNamara, sowie Vizepräsident Lyndon B. Johnson auf Kurzbesuch und den „Helden“ der Luftbrücke 1948/49, General Lucius D. Clay, als seinen persönlichen Vertreter nach Berlin zu schicken.

Für Macmillan ging es in erster Linie darum, die Situation nicht zu verschärfen. Er hatte daher seinen Urlaub ungerührt fortgesetzt. Seine wahren Gefühle wurden deutlich, als er beim Golfspielen in Gleneagles am 18. Loch die Beherrschung verlor und meinte, die ganze Krise sei von der Presse hochgespielt worden. Die amerikanischen Aktivitäten betrachtete er mit größter Skepsis – vor allem die Entsendung der Kampftruppe. Für ihn war das „militärischer Nonsens“. Er lehnte auch die Bitte Kennedys nach Verlegung britischer Soldaten in Stärke eines Bataillons von Großbritannien nach Berlin ab und begründete dies mit dem fadenscheinigen Argument, daß die Schlagkraft der britischen Armee dadurch geschwächt würde. Und er gab gleichzeitig den Rat, der Westen solle vorsichtig reagieren, denn „wir wollen doch nicht die Schuld von den Russen und Ostdeutschen weg auf uns verlagern mit der Begründung, daß wir uns bei der Lösung des Problems vollkommen negativ verhalten“.³⁰ Das war die selbsternannte Führungsgestalt des Westens!

Diese Haltung des Westens erklärt auch viel von der sogenannten Hilflosigkeit der Reaktion Adenauers. Ganz so hilflos war er aber offensichtlich doch nicht, folgen wir einem Bericht von Botschafter Kroll in Moskau. Demnach hatte Kroll einen „überraschend ruhigen und entspannten“ Adenauer angetroffen, der in jedem Fall Verhandlungen mit den Sowjets über die deutsche Frage erwartete. Der sowjetische Botschafter hatte Adenauer demnach klargemacht, daß die Sowjets nicht auf ihren Vorstellungen beharren, sondern „jeden Gegenvorschlag“ prüfen würden, eine Mitteilung, die in Bonn ganz vertraulich behandelt und auf „einen ganz kleinen Kreis“ beschränkt wurde.³¹

Worüber sollte verhandelt werden? Die Westdeutschen, so Dean Rusk noch vor dem Mauerbau zu seinem britischen Kollegen, „werden viele Dinge schlucken müssen, die sie bis jetzt für unmöglich gehalten haben“.³² Die Amerikaner würden die Deutschen härter anfassen, als die Briten bislang geglaubt hätten. Genauso sollte es auch kommen, und hier kamen dann Starrsinn und Zähigkeit bei Adenauer zusammen, um das, was die Amerikaner wollten, zu verhindern oder

30 Macmillan an Kennedy, 18.8.1961. Ebd.

31 Secret. Roberts (Moskau) an FO, 23.8.1961. UKNA, FO 371/160548/CG 1071/243.

32 Secret. Record of Conversation between the Secretary of State and Mr. Rusk in Paris on August 5, 1961. UKNA, FO 371/ 160541/CG 1071/132.

zumindest zu verzögern. Das führte auf anglo-amerikanischer Seite zu erheblicher Frustration. So hielt es George F. Kennan für keine gute Sache, von Verbündeten, sprich Adenauer, abhängig zu sein, deren Erlaubnis man einholen musste, um über Dinge zu sprechen, die für den Weltfrieden von größter Bedeutung waren. So habe man Adenauer zugestanden, mit den Sowjets nichts zu diskutieren, was irgendwie von Interesse für sie sein könne; mit anderen Worten: „Wir haben die Franzosen und Deutschen dazu überredet, daß sie uns erlauben, schwimmen zu gehen und sogar unsere Kleider auszuziehen, aber wir haben Mutter Adenauer die Versicherung gegeben, daß wir nicht ins Wasser gehen.“³³ Das war Sarkasmus pur.

Wie irritiert und frustriert vor allen Dingen auch Macmillan war, wurde bei den Gesprächen mit Kennedy auf den Bermudas am 21. und 22. Dezember 1961 deutlich. Für Macmillan war alles „sehr verwirrend“. Seiner Meinung nach ging es um folgendes: „Wollen wir eine Vereinbarung mit den Russen, oder wollen wir keine?“ Großbritannien werde jedenfalls auf gar keinen Fall in einen Krieg gehen, bevor nicht Verhandlungen geführt worden seien (schon vorher hatte er angeordnet, für den Eventualfall britische Kinder nach Kanada zu evakuieren, um die britische ‚Rasse‘ zu retten). Was seien die Fakten? Ostdeutschland existiere. „Es ist Unsinn, wenn die Westdeutschen so tun, als ob es nicht existiere, aber gleichzeitig Handel mit den Ostdeutschen in einer Größenordnung von 300 Millionen Pfund im Jahr treiben.“ Die Geschichte mit der Nicht-Anerkennung der Existenz Ostdeutschlands sei „reine Fiktion“. Es gehe darum, Ostdeutschland anzuerkennen,

nicht zuviel und nicht zuwenig. Die Franzosen wollen keine Wiedervereinigung, die Russen wollen sie nicht, und ich bin nicht sicher, ob die Deutschen sie wirklich wollen. Wir müssen nur am Anfang der Gespräche sagen, daß Deutschland eines Tages wiedervereinigt wird, und die Russen werden das so lange akzeptieren, als sie sicher sein können, daß nichts geschehen wird.

Bei der Zufahrt nach Berlin stellte Kennedy eine besonders vielsagende Frage. Es ging um eine mögliche Internationalisierung der Autobahn auf DDR-Gebiet. Könnte man nicht den Sowjets anbieten, so der amerikanische Präsident, in der BRD genauso viele Kilometer Autobahn wie in der DDR zu internationalisieren?³⁴

Nur einer wollte damals die Mauer niederreißen, nämlich General Lucius D. Clay. Im Oktober kam es zu einer gefährlichen Konfrontation am Checkpoint Charlie. Erstmals standen sich amerikanische und sowjetische Panzer mit scharfer Munition auf Schussweite gegenüber. Am 25. Oktober schickte Clay ein Telegramm an Rusk, in dem er u.a. meinte: „Falls wir bereit sind, einen schnellen, gewaltsamen Vorstoß nach Ostberlin durchzuführen und beim Rückzug die Sperren niederreißen, wird das zur Konfrontation mit den Sowjets führen. Das andere bringt zurzeit nichts.“³⁵ Rusk stellte unmissverständlich klar: „Der Zugang nach Ostberlin ist für uns nicht von

33 Kennan (Belgrad) an Thompson (Moskau), 26.12.1961. *FRUS* 1961-1963, XIV, S. 706 f.

34 Ebd., S. 698. Das britische Protokoll in: UKNA, PREM 11/3782 und CAB 133/299.

35 Eyes only. Clay (Berlin) an Rusk (Washington) und Dowling (Bonn), Tel. 824, 25.10.1961. NA, 762.0221/10-2561.

lebenswichtigem Interesse, das Gewaltanwendung rechtfertigt.“ Mit dem Bau der Mauer habe man das stillschweigend akzeptiert.³⁶ In derselben drastischen Sprache, die auch etwas von seiner Geisteshaltung offenbart, machte Macmillan klar, was er von Clay hielt. Auf einem Telegramm von Steel notierte er, Clay sei immer schon ein „Scheißkerl“ gewesen, jetzt sei er „ein verbitterter Scheißkerl“ und eine Gefahr für die Allgemeinheit. (*“He seems to me a public danger. He was always an ass; now he is an embittered ass.”*)³⁷

Amerikaner und Briten wollten Adenauer im Frühjahr 1962 so weit bringen, dabei mitzuhelfen, ihre bisherige Deutschland- und Berlinpolitik zu Grabe zu tragen – *„to put his hand upon the coffin and help to carry it“*, wie Kennedy das gegenüber Macmillan formulierte.³⁸ Kennedy äußerte sich intern in nicht zu überbietender Arroganz über deutsche Politiker; sie sollten ihre „Schnauzen ruhig in den Schweintrog Berlin stecken“, wenn sie wollten (und möglicherweise selbst mit den Sowjets verhandeln).³⁹ Die Briten waren noch schlimmer. Im Februar 1962 schickte Außenminister Home ein elf Seiten langes Schreiben an seinen Botschafter in Washington. Da kann man dann – mit oder ohne Erstaunen – Antworten auf die Frage erhalten, inwieweit die Briten hinter den Verträgen vom Herbst 1954 standen, in denen auch sie sich zu einer Politik der Wiedervereinigung verpflichtet hatten (an diese Verpflichtung wurde zuletzt im Frühjahr 1990 erinnert, als Premierministerin Margaret Thatcher nicht gerade glücklich über die Entwicklung in Deutschland war und versuchte, die Einheit zu blockieren). Für die Briten war klar, daß man mit den Sowjets zu Vereinbarungen auf der Basis des geteilten Deutschland kommen könnte und sollte. In diesem Brief kann man schwarz auf weiß nachlesen, daß Macmillan und Home keine Wiedervereinigung wollten.⁴⁰

Adenauer hat das alles geahnt. Um die sich abzeichnende Entwicklung zu stoppen, provozierte er die schwerste Krise in den deutsch-amerikanischen Beziehungen, die es vor und nach dem Mauerbau gegeben hat. Im Herbst 1962 – vor und dann nach der Kubakrise – wurden in London und Washington weitere Überlegungen für eine Lösung der Berlinfrage angestellt. Der britische Staatsminister im Foreign Office, Godber, entwickelte sogar den Plan, West-Berlin aufzugeben und die Bevölkerung einfach auszutauschen. Ähnlich auch Paul Nitze. Er legte Kennedy Anfang November ein Papier vor, in dem er Gedanken entwickelte, die, wie er es formulierte „in der Vergangenheit undenkbar“ gewesen seien. „Berlin im Lichte von Kuba“, wie er sein Memorandum überschrieb, sah Lösungen vor (*„thinking the unthinkable“*), die so drastisch waren, daß sie nicht einmal ansatzweise den Deutschen zur Kenntnis gebracht werden sollten. Auch er schlug die Aufgabe West-Berlins vor; dafür sollte ein erheblicher Teil des DDR-Territoriums in

36 Secret. Eyes only. Rusk (Washington) an Clay (Berlin) und Dowling (Bonn), Tel. 607, 26.10.1961. Ebd.

37 Handschriftliche Notiz Macmillan, 4.11.1961. UKNA, PREM 11/3612.

38 Top Secret. Record of Meeting at the White House, 28.4.1962. UKNA, FO 371/163572/CG 1071/135.

39 Top Secret. Personal. Ormsby-Gore (Washington) an Home (FO), 5.2.1962. UKNA, FO 371/163567/CG 1071/41.

40 Top Secret. Home (FO) an Ormsby-Gore (Washington), 13.2.1962. UKNA, FO 371/ 163567/CG 1071/73.

den Besitz der Bundesrepublik übergehen – als Gegenleistung für die Aussiedlung der Westberliner.⁴¹

Erst allmählich wurde erkennbar, daß der Mauerbau Höhepunkt und Ende der eigentlichen Berlinkrise war. Kein Geringerer als der britische Botschafter in Bonn, Christopher Steel, hatte das schon in einer geheimen Analyse im Januar 1962 folgendermaßen beschrieben:

Ich bin mir ziemlich sicher, daß die Russen von den Auswirkungen der Mauer selbst überrascht und gleichzeitig zufrieden sind. [...] Im Rahmen ihres großen Ziels – Stabilisierung der DDR – haben sie etliche Ziele erreicht: Der Flüchtlingsstrom wurde gestoppt, das Schaufenster [West-Berlin] wurde geschlossen.

Auf der anderen Seite ist Ulbricht wenig erfolgreich („flop“) und noch dazu ein Stalinist. Die Russen werden sich selbst die Frage stellen, [...] ob er sein Land mit einem Friedensvertrag besser regieren wird. Wenn er ihn bekommt, muß er direkten Kontakt, möglicherweise sogar Beziehungen mit dem Westen aufnehmen. Die Russen werden mit Sicherheit nicht begeistert sein bei dem Gedanken, daß dieser ideologische Spinner („*ideological crackpot*“) es dann in der Hand hat, auf der Autobahn einen Krieg zu beginnen.

Ulbricht sollte denn auch seinen separaten Friedensvertrag nicht bekommen.

Steel erwartete für die Zukunft zwar jede Menge Verwaltungsschikanen, Behinderungen und Spannungen in und um Berlin, hoffte aber gleichzeitig, daß man die Sache so lange unter Kontrolle halten konnte, bis beide Seite bereit waren, miteinander ins Geschäft zu kommen („*to do business*“).⁴²

Das war unterm Strich keine schlechte Voraussage. Sie lief letztlich auf jene sieben- bis zehnjährige Pause hinaus, die der amerikanische Botschafter in Moskau schon Anfang 1961 empfohlen hatte. Beide – Chruschtschow und Kennedy – waren für „ihre“ Deutschen so weit wie möglich gegangen. Wären sie weiter gegangen, hätte das möglicherweise die Zerstörung der eigenen Städte bedeutet – und das wegen jener Stadt, die beide Völker 16 Jahre zuvor gemeinsam im Kampf gegen die Deutschen zerstört hatten. Das war absurd. Kennedy empfand das jedenfalls so und äußerte sich dazu wenige Stunden nach seinem Treffen mit Chruschtschow in Wien im Juni 1961 folgendermaßen:

Es wirkt doch einfach idiotisch, daß wir wegen eines Vertrages mit der Gefahr eines Atomkrieges konfrontiert sind, der Berlin als zukünftige Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschland vorsieht – wo wir doch alle wissen, daß Deutschland wahrscheinlich nie mehr wiedervereinigt wird!⁴³

41 R. Steininger, Berlinkrise (Anm.19), S. 332-341.

42 Secret. Steel (Bonn) an FO, 19.1.1962. UKNA, FO 371/163564/CG 1071/2.

43 Zit. bei Michael Beschloss: Powergame. Kennedy und Chruschtschow. Die Krisenjahre 1960-1963, Düsseldorf 1991, S. 229f.